

19 – 22.05.2022

Stand: 23.05.2022, 08:00 Uhr

OPERATIVE LAGE

Die russischen Truppen setzen ihre Offensive zur Einnahme der Stadt Sewerodonezk fort und erreichen die Verwaltungsgrenzen der Region Luhansk. Nach mehr als 2,5 Monaten Kampfhandlungen endete die heldenhafte Verteidigung von Mariupol - die ukrainische Garnison wurde in die vorübergehend besetzten Gebiete zurückgezogen; die Gespräche über die Rückkehr des ukrainischen Militärs im Rahmen eines Austauschs dauern an.

Kyjiw und Schytomyr Richtungen:

Vom 20. bis 22. Mai haben russische Streitkräfte Raketenangriffe auf die Stadt Malyn (Region Schytomyr) durchgeführt. Der erste Angriff am 20. Mai verursachte den größten Schaden, wobei mehr als 100 Häuser und der Bahnhof beschädigt wurden, teilte Bürgermeister Oleksandr Sytailo mit; nach vorläufigen Informationen wurden eine Person getötet und drei weitere verletzt.

Richtungen Tschernihiw und Sumy:

Die russischen Streitkräfte beschießen weiterhin die Grenzgebiete von Tschernihiw und Sumy mit Mörsern und MLRS.

Richtungen Charkiw und Luhansk:

Nach einer mehrtägigen Ruhepause nahmen die russischen Truppen am 19. Mai die Angriffe auf Charkiw wieder auf. Auch der Beschuss anderer Siedlungen in der Region Charkiw geht weiter. So wurde am 20. Mai bei einem Raketeneinschlag ein Kulturgebäude in der Stadt Losowa zerstört. Der Beschuss führt zu Opfern unter der Zivilbevölkerung - am 20. Mai wurden in der Region Charkiw eine Person getötet und 20 verletzt.

In der Nähe von Charkiw konzentriert das russische Militär seine Bemühungen auf die Aufrechterhaltung der besetzten Linien. Die Umgruppierung und Aufstockung der Einheiten in der Nähe von Isjum wird fortgesetzt, um sich auf den Vormarsch auf die Stadt Slowjansk in der Region Donezk vorzubereiten.

In der Region Luhansk konzentrierten die russischen Truppen ihre Bemühungen auf eine Offensive zur Einnahme der Stadt Sewerodonezk. Im südlichen Abschnitt der Front bei Popasna konnten sie vereinzelte Erfolge erzielen. Sie rücken in diesem Gebiet vor und versuchen, die ukrainischen Einheiten, die Sewerodonezk verteidigen, abzuschneiden.

Der intensive Beschuss von Sewerodonezk geht weiter. Am 19. Mai wurden in der Stadt mindestens 12 Zivilisten getötet und mehr als 40 Menschen verwundet. Am folgenden Tag beschossen russische Truppen eine Schule in Sewerodonezk, in der sich Einwohner versteckt hielten; dabei wurden 3 Menschen getötet.

Richtungen Donezk und Saporischschja:

In der Region Donezk finden in der Nähe von Donezk in den Gebieten Awdijiwka und Marjinka aktive Kämpfe statt. Im Norden der Region bereiten sich die russischen Streitkräfte auf die Fortsetzung ihrer Offensive in Richtung Liman vor. Im Süden sind die Kämpfe um Mariupol beendet. Das russische Militär führt Filtrationsmaßnahmen in der Stadt durch und versucht, die Hafeninfrastuktur zu räumen.

Der Beschuss von Siedlungen im Donbass geht weiter. Awdijiwka ist besonders stark betroffen, sowohl der Wohnungsbestand und die Infrastruktur der Stadt als auch die Kokerei Awdijiwka. Zwischen dem 19. und 22. Mai wurden in der Region 20 Zivilisten getötet und 32 verletzt.

Der Beschuss an der Frontlinie in der Region Saporischschja hält an. Auch die Raketenangriffe gehen weiter: In der Nacht zum 22. Mai feuerten russische Truppen eine Rakete auf die zivile Infrastruktur eines Dorfes in der Region ab.

Richtung Dnipro:

Das russische Militär beschießt weiterhin die Infrastruktur in der Region Poltawa. Konkret wurde am 20. Mai ein Raketenangriff auf die Stadt Lubny, einen wichtigen Verkehrsknotenpunkt, durchgeführt.

Am 22. Mai setzte das russische Militär die Beschießung der Region Dnipropetrowsk im Laufe des Tages fort, wobei mindestens drei Ortschaften beschossen wurden.

Richtung Süden:

Die russischen Streitkräfte beschießen weiterhin den Süden der Ukraine. Es wurden Raketenangriffe auf das Gebiet der Region Odessa geflogen, die Industrieanlagen trafen. Der Beschuss von Siedlungen in der Nähe der Frontlinie, die nahe der Verwaltungsgrenze der Region Cherson zu den Regionen Mykolajiw und Dnipropetrowsk verläuft, geht ebenfalls weiter. In der Region Cherson verstärkt das russische Militär seine Stellungen, indem es Straßen und Brücken umgeht. Auf diese Weise hindern sie Zivilisten daran, in die von der Ukraine kontrollierten Gebiete zu gelangen.

Die russische Marine blockiert weiterhin ukrainische Häfen im Schwarzen Meer und droht mit dem Beschuss von zivilen Schiffen, die sich der ukrainischen Küste nähern.

Richtung Westen:

Am 21. Mai wurde ein Raketenangriff auf eine militärische Infrastruktureinrichtung in der Region Riwne durchgeführt. Bei dem Angriff wurden 6 Personen verletzt.

Informationskonfrontation

Die Sperrung der im Internet verbreiteten russischen Propaganda wird fortgesetzt. Insbesondere hat YouTube mehr als 70.000 Videos und 9.000 Kanäle entfernt, die mit dem Krieg in der Ukraine in Verbindung stehen, einschließlich der Bezeichnung der russischen Militärintervention in der Ukraine als "Befreiungsmission".

Das russische Militär bereitet Desinformationen über die Ereignisse in Mariupol vor. Sie versuchen, von den Anwohnern falsche Aussagen zu erhalten, dass die Stadt von den

ukrainischen Streitkräften zerstört wurde. Die Vorlage solcher Zeugenaussagen ist eine Voraussetzung für die Anmeldung zur Entschädigung für den Verlust von Wohnraum oder von Familienangehörigen der örtlichen Zivilbevölkerung.

HUMANITÄRE LAGE

Nach Angaben des Büros des UN-Hochkommissars für Menschenrechte beläuft sich die Zahl der zivilen Opfer in der Ukraine seit dem 24. Februar 2022 - seit Beginn der groß angelegten russischen Invasion - auf 8.189 (3.838 Tote und 4.351 Verletzte).

Bis zum Morgen des 22. Mai wurden mehr als 662 Kinder infolge der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation in der Ukraine verletzt. Nach offiziellen Angaben wurden 232 Kinder getötet und mehr als 430 verletzt.

Laut dem Bürgermeister von Mariupol, Wadym Bojtschenko, ereignet sich in der Stadt eine der größten humanitären Katastrophen und der größte Völkermord in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Mariupol ist praktisch zerstört - Wohnhäuser, Infrastruktur, Schulen, Krankenhäuser und Geschäfte wurden vernichtet. Etwa 100.000 Zivilisten halten sich in der blockierten Stadt auf; fast 40.000 Menschen wurden in die Russische Föderation und in vorübergehend besetztes ukrainisches Gebiet deportiert.

Die Ombudsfrau Ljudmyla Denisowa berichtete über die Ausweitung der Zwangsmobilisierung auf die vorübergehend besetzten Gebiete der Ukraine, die gegen Artikel 51 der Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten verstößt. Außerdem kontrolliert das russische Militär die Bevölkerung der vorübergehend besetzten Stadt Mariupol. Fast 4.000 Männer aus der Stadt befinden sich in Filtrationslagern. Sie werden unter entsetzlichen Bedingungen festgehalten, gefoltert und misshandelt.

Das Welternährungsprogramm (WFP) hat davor gewarnt, dass die Blockade der ukrainischen Häfen im Schwarzen Meer die weltweite Ernährungssicherheit weiterhin gefährdet. Der Exekutivdirektor des WFP, David Beazley, sagte, der anhaltende Krieg werde zu Hungersnöten führen und die Länder destabilisieren. Gleichzeitig exportiert das russische Militär weiterhin illegal Getreide aus den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine. Derzeit ist bekannt, dass mehr als 400.000 Tonnen dieser landwirtschaftlichen Erzeugnisse geplündert wurden.

In den vorübergehend besetzten Gebieten im Süden und Osten der Ukraine verschlechtern sich die humanitären Bedingungen für die Bevölkerung weiter, die keinen Zugang mehr zu grundlegenden Gütern hat. Der Bürgermeister von Cherson sagte, dass der Stadt in zwei Wochen die Medikamente ausgehen werden; auch die Versorgung mit Sauerstoff wurde eingeschränkt. Die regionalen Behörden meldeten Unterbrechungen der Strom- und Wasserversorgung, Kommunikationsprobleme und mancherorts Lebensmittelknappheit. Sie forderte die Schaffung sicherer Korridore für die Evakuierung der Zivilbevölkerung und die Bereitstellung von humanitärer Hilfe. Aufgrund der Maßnahmen des russischen Militärs können sich die Bewohner jedoch nur eingeschränkt in der Region bewegen, und Freiwillige mit humanitärer Hilfe dürfen das Gebiet nicht betreten.

Die russischen Truppen zerstören weiterhin die zivile Infrastruktur. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) meldet 235 Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen in der Ukraine, bei denen mindestens 75 Menschen getötet wurden. Durch solche Maßnahmen wird den Menschen die dringend benötigte Versorgung vorenthalten, das Gesundheitspersonal gefährdet und das Funktionieren des Gesundheitssystems untergraben. Präsident Wolodymyr Selenskij erklärte, dass in der Ukraine bereits 1.873 Bildungseinrichtungen während des gesamten Krieges zerstört wurden.

Nach Angaben des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge haben mehr als 6,4 Millionen Menschen die Ukraine in die Nachbarländer verlassen (53 % davon nach Polen). Gleichzeitig informierte die Ombudsfrau Ljudmyla Denisowa über die Abschiebung von über 1,3 Millionen Ukrainern nach Russland.

Widerstand

Am 20. Mai protestierten Retter einer Feuerwache in der vorübergehend besetzten Stadt Enerhodar in der Region Saporischschja, nachdem das russische Militär den Leiter des Rettungsteams, Witali Trojan, entführt hatte. Die russischen Truppen gingen mit Gewalt gegen sie vor und lösten die Kundgebung auf. Am 22. Mai ereignete sich in Energodar eine Explosion, bei der der Leiter der Besatzungsverwaltung der Stadt, Andrij Schewtschik, verletzt wurde.

WIRTSCHAFTLICHE LAGE

Analysten des KSE-Instituts haben den direkten Schaden an der ukrainischen Infrastruktur infolge einer groß angelegten Invasion russischer Truppen auf 97,4 Mrd. USD geschätzt.

Die Ratingagentur Moody's stufte das langfristige Kreditrating der Ukraine von Caa2 auf Caa3 herab und änderte den Ausblick auf negativ.

Das Infrastrukturministerium teilte mit, dass die Ukraine und die USA ein Memorandum über die Zusammenarbeit im Verkehrsbereich unterzeichnet haben.

Am 21. Mai 2022 hob die ukrainische Nationalbank die Beschränkungen für den Wechselkurs auf, zu dem Banken Fremdwährungen in bar verkaufen. Zuvor sollte der jeweilige Satz nicht mehr als 10 % vom offiziellen Satz abweichen. Nach den Erklärungen der NBU wird dies den Kapitalabfluss verhindern und die internationalen Reserven der Ukraine schützen.

POLITISCHE UND DIPLOMATISCHE ENTWICKLUNGEN

Führende internationale Politiker und Regierungsmitglieder unterstützen die Ukraine im Kampf gegen die russische Aggression mit Besuchen in Kyjiw. Der Präsident der Republik Polen Andrzej Duda besuchte die ukrainische Hauptstadt. Er führte Gespräche mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskij und hielt eine Rede vor dem ukrainischen Parlament, in der er Initiativen zum Abschluss eines neuen Abkommens über gute Nachbarschaft zwischen der Ukraine und Polen sowie ein bilaterales Abkommen über gemeinsame Grenz- und Zollkontrollen vorstellte.

Außerdem besuchten die Vorsitzenden des Ober- und Unterhauses des irischen Parlaments, Mark Daly und Sean O'Farrell, sowie der Premierminister der Portugiesischen

Republik, Antonio Costa, die Ukraine. Wolodymyr Selenskij forderte sie auf, den koordinierten Sanktionsdruck auf Russland zu erhöhen, insbesondere im Rahmen des sechsten EU-Sanktionspakets, und lud Irland und Portugal ein, sich an Projekten für den Wiederaufbau der Ukraine zu beteiligen.

Wolodymyr Selenskij führte auch Telefongespräche mit dem britischen Premierminister Boris Johnson und dem italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi. Er sprach über den Fortgang der Feindseligkeiten; die Seiten erörterten aktuelle Vorschläge zur Wiederaufnahme des Exports ukrainischer Agrarprodukte und der Einfuhr von Treibstoff in die Ukraine inmitten des Konflikts und der russischen Blockade.

Die Weltgemeinschaft unterstützt den Wunsch der Ukraine, Russland für seine Aggression zur Rechenschaft zu ziehen. 42 Staaten haben sich im Verfahren gegen Russland vor dem Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen auf die Seite der Ukraine gestellt und ihre Absicht bekundet, sich der Klage anzuschließen.

Die Partner der Ukraine erhöhen die Finanzhilfe, um die ukrainische Wirtschaft während des Krieges zu unterstützen.

US-Präsident Joe Biden hat ein Gesetz unterzeichnet, mit dem der Ukraine militärische, wirtschaftliche und humanitäre Hilfe in Höhe von fast 40 Milliarden US-Dollar zur Verfügung gestellt wird. Darüber hinaus kündigte das Weiße Haus am 19. Mai an, dass es der Ukraine ein zusätzliches Militärhilfepaket in Höhe von 100 Millionen Dollar zur Verfügung stellen werde.

Die kanadische Finanzministerin Chrystia Freeland kündigte ein Darlehen in Höhe von 250 Millionen Dollar für die Ukraine an, das über das vom Internationalen Währungsfonds verwaltete Konto vergeben wird. Portugal hat beschlossen, der Ukraine finanzielle Unterstützung in Höhe von bis zu 250 Millionen Euro zu gewähren.

Die Finanzminister der G7-Staaten sowie Vertreter des IWF, der Weltbank und der OECD erklärten, dass 19,8 Milliarden Dollar an Finanzhilfe für die Ukraine mobilisiert werden sollen, die zur Überwindung des Haushaltsdefizits und zur Unterstützung der ukrainischen Wirtschaft verwendet werden sollen. Das ukrainische Finanzministerium teilte mit, dass der Staat die letzte Tranche von 600 Mio. USD erhalten habe. Das Finanzministerium teilte mit, dass der Staat die letzte Tranche von 600 Mio. USD im Rahmen des von den Parteien am 3. März 2022 unterzeichneten EU-Notfallprogramms für makroökonomische Hilfe erhalten hat. Mit dem Geld soll die finanzielle Stabilität in der Ukraine während des Krieges erhalten werden. Das Europäische Parlament befürwortete auch die Abschaffung der EU-Einfuhrzölle auf alle Waren aus der Ukraine für ein Jahr.

Ein wichtiges Mittel, um Russlands aggressivem Vorgehen zu begegnen, ist die Erhöhung des Sanktionsdrucks. Insbesondere hat das Vereinigte Königreich neue Sanktionen gegen große russische Fluggesellschaften verhängt: Aeroflot, Ural Airlines und Russia. Kanada hat weitere Sanktionen gegen Russland verhängt, die sich gegen 14 russische Oligarchen und Geschäftsleute richten. Zusätzlich zu den persönlichen Sanktionen hat Kanada die Ausfuhr von Luxusgütern nach Russland und die Einfuhr einer Reihe von Luxusgütern aus Russland verboten.

Die europäische Energiebörse Nord Pool stellt den Handel mit russischem Strom von ihrem einzigen Importeur in den baltischen Staaten, dem russischen Unternehmen Inter

RAO, ein. Somit stellt die Republik Litauen die Einfuhr von Erdöl, Strom und Erdgas aus Russland ab dem 22. Mai 2022 vollständig ein.

Die Ukraine bereitet sich auf eine langwierige Konfrontation mit Russland vor. Die Werchowna Rada hat das Kriegsrecht und die Frist für die allgemeine Mobilisierung im Land bis zum 23. August verlängert.

Die Informationen in dieser Zusammenfassung stammen aus offiziellen Quellen - Berichten der ukrainischen staatlichen Behörden sowie ukrainischer und internationaler Nachrichtenagenturen. Die Glaubwürdigkeit der Daten wird vom Projektteam strengstens überprüft und bestätigt, wenn Fake News entdeckt werden.